



Rangliste der Pressefreiheit 2024

Eine Rekordzahl von 36 Ländern in der schlechtesten Kategorie verzeichnet Reporter ohne Grenzen in der am Welttag der Pressefreiheit (3. Mai) veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit 2024. Unabhängige journalistische Arbeit sei in diesen Ländern nahezu unmöglich. Tatsächlich habe sich die Lage der Pressefreiheit auch weltweit weiter deutlich verschlechtert. Besonders vor und nach Abstimmungen seien Medienleute gefährdet. „Diese Entwicklung ist besonders besorgniserregend mit Blick auf das Superwahljahr 2024: Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung wird in diesem Jahr an die Wahlurnen gebeten – etwa in den USA und Indien. Auch in Deutschland stehen Wahlen an.“

Spitzenreiter und Schlusslichter

Wie in der Vergangenheit machen die skandinavischen Länder die Spitzenplätze unter sich aus: Zum achten Mal in Folge liegt Norwegen auf Platz 1. Gründe für die gute Platzierung sind die große Unabhängigkeit der Medien von der Politik, der gesetzliche Schutz der Informationsfreiheit sowie der traditionelle Pluralismus der norwegischen Medienlandschaft. Ähnlich gut ist das Umfeld in den Nachbarländern Dänemark (2, +1) und Schweden (3, +1). Unter den Top 5 kommen nur die Niederlande (4, +2) – vor Finnland (5, 0) – nicht aus Skandinavien. Die acht Länder mit guter Medienlage komplettieren Estland (6, +2), Portugal (7, +2) und Irland (8, -6).

Afghanistan (178, -26) ist auf den drittletzten Platz der Rangliste gefallen. 2023 wurden drei Journalisten getötet. Mindestens 25 Medienleute saßen zwischenzeit-

lich im Gefängnis. Sie müssen ständig damit rechnen, festgenommen zu werden. Die Taliban behindern mit Kleidervorschriften und weiteren Einschränkungen insbesondere die Arbeit von Journalistinnen. Auch in Syrien (179, -4) hat sich die ohnehin katastrophale Lage weiter verschlechtert. Unabhängige journalistische Arbeit ist in allen Landesteilen nahezu unmöglich. Dutzende Medienschaffende sitzen in den Gefängnissen des Assad-Regimes, wurden von dschihadistischen Gruppen entführt oder gelten, teils seit Jahren, als verschwunden. Dennoch drohen Politiker in Ländern wie Libanon (140, -21), Jordanien (132, +14) und Türkei (158, +7) syrischen Medienleuten mit Ausweisung. Eritrea (180, -6) am Horn von Afrika ist das neue Schlusslicht. Seit 2001 unterbinde die Diktatur von Isayas Afewerki jeglichen Informationsfluss mit großer Härte und Brutalität. Vier der vor über 20 Jahren festgenommenen Journalisten sitzen bis heute ohne Anklage in Haft.

Die Entwicklungen im Überblick

An sich spricht die Farbverteilung auf der Weltkarte der Pressefreiheit für sich. Grün für „gute Lage“, gelb für „zufriedenstellend“, „hell-orange“ für „erkennbare Probleme“, „dunkel-orange“ für „schwierige Lage“. Die tiefrote Färbung des Nahen Ostens und Asiens weist für die meisten Länder die Lage als „sehr ernst“ aus. Hinzu kommt seit dem 7. Oktober 2023 der Krieg zwischen der Hamas und Israel. In den Palästinenser-Gebieten (157, -1) sterben derzeit weltweit die meisten Medienleute. Im Gazastreifen wurden bisher mehr als 100 Medienschaffende getötet, darunter mindestens 22 bei der Ausübung ihrer Arbeit. Seit Beginn des Krieges versucht Israel (101, -4), die Berichterstattung aus Gaza zu unter-

drücken, und greift auch im Westjordanland zu. Hier haben die israelischen Behörden über 30 Medienschaffende inhaftiert. Damit hat Israel seine Position als Nummer eins in der Region an Katar (84, +21) verloren. Die Lage der Pressefreiheit gilt jetzt als „schwierig“.

Europa ist nach wie vor die Weltregion, in der Journalistinnen und Journalisten am freiesten arbeiten können. Es ist die einzige Region mit grüner Färbung für Staaten mit „guter Lage“. Jedoch hat sich die Lage in Ost- und Südosteuropa verschlechtert. In Griechenland (88), dem am schlechtesten platzierten EU-Land, ist die Pressefreiheit seit 2021 in der Krise. Das Abhören von Journalisten durch den Nationalen Nachrichtendienst ist weiter nicht aufgeklärt, ebenso der Mord an dem Kriminalreporter Giorgos Karaivaz 2021. Unter Druck steht unabhängiger Journalismus auch in Bosnien und Herzegowina (81, -17), Serbien (98, -7) und Albanien (99, -3). Die drei EU-Beitrittskandidaten haben ähnliche Probleme: Ihre Medienlandschaft sei geprägt von Falschinformationen und Propaganda. Nachrichtenseiten gehören oft reichen Einzelpersonen, die Medien für ihre politischen Zwecke oder als Erpressungsinstrumente nutzen.

Vier deutschsprachige Länder liegen beieinander: Schweiz (9, +3), Deutschland (10, +11), Luxemburg (11, +9), Liechtenstein (15, -4). Deutschlands Verbesserung ist wesentlich der Tatsache geschuldet, dass sich andere Länder auf der Rangliste verschlechtert haben. Reporter ohne Grenzen: „Betrachtet man die Gesamtpunktzahl, hat sich die Situation in Deutschland aber nur geringfügig verbessert und auch nur in der Kategorie Sicherheit. [...] Der mit der gesunkenen Zahl der Übergriffe verbundene Anstieg auf der Rangliste sollte jedoch nicht täuschen: RSF geht von einer hohen Dunkelziffer aus. Die Organisation sammelte im Jahr 2023 über die Zahl von 41 Übergriffen hinaus noch viele weitere Fälle von Gewalt gegen Medienschaffende, die jedoch – meist aufgrund fehlender Zeuginnen oder Zeugen – nicht verifiziert werden konnten. Die Zahl der Übergriffe bewegt sich zudem noch immer auf hohem Niveau – 2019, im Jahr vor der Pandemie, hatte RSF nur 13 Übergriffe gezählt.“ Zudem wurde ein neues Phänomen der Pressefeindlichkeit verzeichnet: „Landwirtinnen und Landwirte blockierten in mindestens fünf Fällen mit Traktoren die Auslieferung von Zeitungen in mehreren Bundesländern – ein klarer Angriff auf das Recht auf Information.“

Bei Österreich (32, -3) beklagt Reporter ohne Grenzen viele Versuche, Medien zu beeinflussen. Einige Politiker stünden im

Bild oben: Rangliste der Pressefreiheit 2024. Quelle: Reporter ohne Grenzen.

Verdacht, mit öffentlichem Geld positive Berichterstattung zu kaufen, während andere sich in die Redaktionsarbeit einmischten. „Obwohl verschiedene Gesetzesentwürfe diskutiert werden, ist Österreich der letzte EU-Mitgliedsstaat ohne ein Informationsfreiheitsgesetz. Medienschaffende sind außerdem besorgt über den Versuch bestimmter politischer Parteien, ihren Zugang zu gerichtlichen Informationen zu beschränken. Journalist*innen, die über Demonstrationen berichten, werden manchmal willkürlich sanktioniert, während andere von SLAPP-Verfahren [Einschüchterung durch Abmahnungen und lange Prozesse, HJB] betroffen sind.“

Zur Methodik der Rangliste

Die Rangliste der Pressefreiheit vergleicht die Situation für Medien und Medienleute in 180 Staaten und Territorien. Reporter ohne Grenzen stützt sich dabei auf fünf Indikatoren: Sicherheit, politischer Kontext, rechtlicher Rahmen, wirtschaftliches und soziokulturelles Umfeld. Hierfür beantworten ausgewählte JournalistInnen, Wissenschaftler und MenschenrechtsverteidigerInnen in den jeweiligen Ländern einen Fragebogen mit etwas mehr als 100 Fragen. Dazu kommen quantitative Erhebungen zur Sicherheit von Journalisten und Medien. Mittels einer Formel wird daraus ein Punktwert zwischen 0 und 100 ermittelt, wobei 0 die schlechteste und 100 die beste mögliche Bewertung ist. Aus der Abfolge der Punktwerte der einzelnen Länder ergibt sich die weltweite Rangliste. In die Rangliste der Pressefreiheit 2024 fließen Daten vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 ein.

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/>,
Dr. Hansjörg Biener

Sorge um Medienleute in und aus Belarus

Das belarussische Innenministerium hat DW Belarus als „extremistische Organisation“ eingestuft und die Inhalte des deutschen Auslandsdienstes auf allen Plattformen im Land verboten. DW Belarus gefährde die Souveränität und öffentliche Sicherheit des Landes und diskreditiere und beleidige Beamte. Kurz nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine stufte das Innenministerium im März 2022 die Inhalte bereits als „extremistisch“ ein. Ende April 2024 folgte nun das umfassende Verbot der Deutschen Welle im Land. Das trifft nicht nur Ausspielwege. Jegliche Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle kann nun als Straftat gewertet werden. Personen, die Informationen an die

Anzeige: Reporter ohne Grenzen.

Redaktion weitergeben, drohen mehrjährige Haftstrafen. DW-Intendant Peter Limbourg: „Diese Entscheidung zeigt uns vor allem eines: Das Regime in Belarus fürchtet unabhängige Medien und tut alles, um den Menschen in Belarus den Zugang zu freien Informationen zu verwehren. Sie haben Angst vor mündigen Bürgern, die sich selbständig ihre eigene Meinung über die Geschehnisse in ihrem Land, in Europa und in der Welt bilden. Wir werden uns davon nicht einschüchtern lassen. Für uns ist dieses Verbot ein Aufruf, noch härter dafür zu arbeiten, dass alle Menschen Zugang zu unseren Inhalten und freien Informationen haben.“

Der Deutsche Journalisten-Verband kritisierte am 2. Mai die „willkürliche und durch nichts zu rechtfertigende Zensurmaßnahme des Machthabers Alexander Lukaschenko“. Der DJV-Bundesvorsitzende Mika Beuster nahm aber auch den DW-Intendanten in die Pflicht. Er forderte Peter Limbourg auf, alles für den Schutz von Mitarbeitern und Informanten des deutschen Auslands senders in Belarus zu unternehmen, was in seinen Kräften stehe: „Jeder, der für die Inhalte der Deutschen Welle arbeitet und zuliefert, befindet sich in Belarus jetzt in äußerster Gefahr“, so Beuster. Medienschaffende müssten unbedingt geschützt werden. In der Rangliste der Pressefreiheit 2024 rangiert Belarus weiter unter den Ländern mit geringster Pressefreiheit: „In Belarus (167) ist unabhängiger Journalismus weitgehend verstummt.“

Über die Lage belarussischer Medien im In- und Ausland gibt ein aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderter Bericht Auskunft. Der JX Fund hat zusammen mit den Me-

dienforschenden von The Fix Research and Advisory einen umfassenden Überblick sowohl über einzelne Medien als auch über den gesamten Sektor erstellt. Der Bericht stützt sich auf Daten aus verschiedenen Quellen, einschließlich offener Kanäle, sowie auf Daten, die von den Medien und von Branchenexperten mitgeteilt wurden.

Selbst nach den Maßstäben der drei Jahrzehnte währenden repressiven Herrschaft Alexander Lukaschenkos sei die Härte der auf die Proteste 2020 folgenden Repressionen verheerend gewesen und habe auch eine Massenflucht letzter unabhängiger Medienschaffender zur Folge gehabt. Im Exil ist die Lage für belarussische Medien in vielerlei Hinsicht prekär. Neben der finanziell angespannten Situation ist es eine große Herausforderung, aus dem Exil die Verbindung zu den Zielgruppen aufrechtzuerhalten: Websites und soziale Medien sind teilweise blockiert und Bürgern in Belarus drohen Strafen, wenn sie „extremistische Inhalte“ teilen oder ansehen. Trotz dieser Herausforderungen würden unabhängige Medien von ihrem Publikum in Belarus nach wie vor sehr geschätzt.

Die fünf größten Websites verzeichneten im Dezember 2023 über 17 Millionen Besuche. Im selben Monat betrug die durchschnittliche Verweildauer auf den Websites der führenden belarussischen Medien über 10 Minuten.

Der volle Bericht findet sich bei https://jx-fund.org/wp-content/uploads/2024/03/Silenced_but_Resilient_BY_Media_Independent_Media_in_Exile_Report_2024_vFinal.pdf?x48353.

Dr. Hansjörg Biener